

**Bezugpreis**  
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
postmonatlicher Zustellung 2,75 M., durch  
die Post 3 M., vierteljährlich 2 M.,  
einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Nr. 5592 des amtl. Zeit.-Verz.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Hans Pantus in Halle.  
Hauptverleger: Carl Wiegand, Magdeburg i. C.  
Anstalt-Nr. 178.

# Saale-Beitung.

**Anzeigen**  
arbeiten die Spalten oder deren Raum  
mit 20 W., sechs aus Halle mit  
15 W. in der Expedition  
von unseren Anzeigenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Bekanntes die Zeit 60 Wg.  
Erscheint wöchentlich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.  
[Der Nachdruck unserer Original-Artikel  
ist nicht gestattet.]

Nr. 550.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 23. November

1893.

## Caprivi und Mantensffel.

Der heutige Reichstagsler erweist sich nicht sonderlich der Fremdbildung und Unterwürfigkeit der Agrarier. Er hat dem Wahlgesetz, im Reichstags den Bismarckismus entgegen zu bekämpfen, er hat auch in Herde gestellt, ein Agrarier zu sein, da er doch nicht ein Agrarier des Landes besitze. Graf Caprivi hat wiederholt ausgesprochen, daß alle Berufsstände von gleicher Berechtigung seien, daß also die Landwirtschaft keine Bevorzugung vor den Gewerben, vor dem Handel, vor dem Handwerk beanspruchen könne. Naturgemäß erzeugen solche Anschauungen bei dem Junkerthum heftigen Unwillen, und da der Reichstagsler seine politischen Anschauungen auch bei dem Abfluß von Handelsverträgen beständig, so wird er mit dem steigenden Jura des Bundes der Landwirtschaft bedroht, und man fürchtet eine Untergrabung der Monarchie, den Ausbruch der sozialen Revolution an, wenn die heutige Wirtschaftspolitik andauere.

Da ist jüngst höchst auf eine Ausweisung des Grafen Caprivi hingewiesen worden, aus der hervorgeht, daß er kein Herz für die Landwirtschaft habe, daß er nicht und gleichgültig den Jura einer großen Anzahl von Landwirtschaften herbeiführt, da nur hier eine Genesung erwartet werden könne. Bereits vor einiger Zeit erfolgte eine Nichtbilligung seiner Ansetzung in der „Kreuz-Zeitung“. Nunmehr hat auch der „Reichstagsler“ eine Ergänzung zu der kolonialistischen Landhebung. Die Unterredung hat zwischen dem Grafen Caprivi und dem Reichstagsler in der Reichstagskammer. Im Grunde genommen lauten die Berichte von beiden Stellen ziemlich übereinstimmend. Nach dem „Reichstagsler“ hat der Reichstagsler bemerkt, daß er in der Veranschaulichung durch Erhebungen und in der zeitweise über den realen Werth hinausgegangenen Steigerung der Wertpreise einen wesentlichen Grund für die gegenwärtige Misere zu erkennen glaube. Zu stark verschuldeten Besitzern würden sich auch unter Einschränkungen auf die Dauer nicht halten können.“ Graf Caprivi habe diese Perspektive als sehr beiderseitig bezeichnet, übrigens sei die Unterhaltung von beiden Seiten in wohlwollendem Tone zu Ende geführt worden. Der letztere Satz ist ohne Zweifel unglücklich gefaßt. Von Wohlwollen kann zwischen zwei Männern nicht die Rede sein, die einander unabhängig gegenüberstehen. Wohlwollen kam der Herr für den Diener, allenfalls der Minister für einen Rangbeamteten gegen. Aber der Reichstagsler hat einem Parteiführer weder Wohlwollen zu spenden noch gar Wohlwollen von ihm annehmen. Es wäre gut, wenn im Reichstagsler ein tüchtiger Sprachschreiber und feinfühler Stilist die für die Öffentlichkeit bestimmten Kundgebungen regelmäßig einer gründlichen Durchsicht unterzöge.

Doch diese Ausweisung ist von untergeordneter Bedeutung. Dem Inhalt der Erklärung stellt nun der Freiherr v. Mantensffel seine eigene Besatz gegenüber. Danach hat er über die schlechte Ernte und die niedrigen Preise gesprochen und die Veranschaulichung ausgedrückt, daß ein großer Theil der Landwirtschaft die Hypothekenzinsen nicht zahlen können, worauf Graf Caprivi erwiderte, nur wenn die Güterpreise auf ein Niveau zurückgingen, das dem berechtigten Werthe des Grund und Bodens und seiner Ertragsfähigkeit entspräche, könnte die Landwirtschaft wieder gesund werden. Deshalb würden seiner Ueberzeugung nach nur die Landwirtschaft, denen es klar wäre, daß sie zu teuer gekauft bzw. das Gut in der Erbschaft zu hoch übernommen hätten und sich dazu entschließen, den Grundwert ihres Gutes und seine Ertragsfähigkeit niedriger einzuschätzen als bisher und demzufolge billiger zu wirtschaften und zu leben, in Zukunft sich halten können. Demen aber, die hierzu der Höhe ihrer Verschuldung wegen außer Stande seien, könne zu seinem Bedauern eben nicht geholfen werden. Weßhalb der Freiherr v. Mantensffel diese seine Besatz der des „Reichstagslers“ gegenüber zu stellen beliebt, ist nicht recht ersichtlich. Denn im Kernpunkt kommen sie beide zusammen. Ganz interessant aber ist die Sache, daß der Freiherr v. Mantensffel in einer Zeit, in der Kampfsätze gegen Hüßler bestehen, darüber jammert, daß die Landwirtschaft die Hypothekenzinsen nicht werde zahlen können. Sieht es eine schärfere Veranschaulichung der ganzen Hochschulzählerei? Jetzt haben die Agrarier das, was sie verlangen, jetzt ist die ganze eussische Getreideimport mit einem so enormen Zoll belegt, daß überhaupt keine Einfuhr stattfindet. Und da sagt gleichwohl die Landwirtschaft sowohl über die schlechte Ernte wie über niedrige Preise? Weßhalb daraus nicht zur Genüge hervor, daß die hohen Schutzsätze alles oder als ein Universalmittel für die Landwirtschaft sind? Sollten da nicht gerade die Landwirtschaften aufpassen, daß sie in der That ihr Geld auf anderem Wege finden müssen als in der Aufrechterhaltung und Erhöhung von Erbschaften?

Aber fernher, daß der Reichstagsler nicht vollkommen recht, wenn er eine der Hauptursachen für den gegenwärtigen traurigen Stand der Landwirtschaft in den überhöhten Kaufpreisen sieht? Zunächst ist es nichts als eine Fabel, daß die Landwirtschaft schlechter in einer Nothlage bestehe. Wer allen Beiß von seinen Vorfahren ererbt hat, ohne daß auf ihm eine besondere Schuldenslast ruhe, für den ist die Landwirtschaft auch heute noch, wenn er sonst etwas von seinem Gewerbe versteht, ergiebiger als die meisten Betriebe in der Industrie, im Handel, im Handwerk. Auch die meisten Bauern, welche selbst wirtschaften und zu wirtschaften verstehen, lägen über das Gerede von der Noth der Landwirtschaft. Sie wissen, daß allerdings Bauern, die schlecht wirtschaften, in Noth geraten, daß aber der feste, solide, von der Landwirtschaft etwas verstehende Bauer keine so gut sein Ankommen findet wie je zuvor. Aber das ist richtig, daß eine große Zahl von Gutbesitzern sich in trauriger Lage befinden, und zwar

entweder durch ihr eigenes Verschulden, oder aber auch ohne ihr Verschulden. In ersterer Hinsicht ist es eine der traurigsten Thatfachen, daß heute zahlreiche Leute, die allenfalls ein paar Jahre den Realerwerbsberuf gepüßt haben und dabei auf großen Fuß getreten, alsdann Güter übernommen und bewirtschaftet, während sie keine Ahnung von der Landwirtschaft und ihrem gegenwärtigen Stande haben. Darüber hat sich niemand klarer ausgesprochen als einer der besten und berüchtlichsten Landwirthe unserer Zeit, der langjährige Leiter der Akademien Waldau und Proßlau, Geheimrath Settegast. Bedauerlich ist es nicht minder, daß viele solcher Landwirthe zugleich eine Lebenshaltung zeigen, die zu den Ueberflüssigen ihrer Wirtschaft in keinem Verhältnisse steht. Sie verkaufen ihre großen Jagden, sie spielen, sie trinken die theuersten Weine, sie geben die größten Gesellschaften, und wenn die Einkünfte nicht ausreichen, so nimmt man Hypotheken auf oder geht zum Wucherer. Das ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Noth der Landwirtschaft. Die Statistik hat gezeigt, daß bei den Substantionen ein ganz verschwindender Bruchtheil auf die wirkliche Nothlage der Landwirtschaft in allgemeinen, ein überwiegend großer Prozentsatz aber auf die eigene Verschuldung der Landwirthe fällt. Aber das ist richtig, daß auch mancher ganz gute Landwirth in eine tiefe Lage gerathen ist, weil sein Gut viel zu teuer bezahlt worden ist. Aber hierin theilt der Landwirth nur das Geschick des Städters. Wenn man sich erinnert, welche Preise für sädtische Grundstücke in den Gründerjahren angelegt worden sind, dann hat man auch die Erklärung für den Hüßlerthum, der später folgte. Es ist mancher Erwerb damals in Berlin und anderen Städten durch den Ueberschuß der Konjunktur veranlaßt worden. Ist es nun in der Landwirtschaft anders? Auch dort sind die Güterpreise geradezu wahnsinnig in die Höhe getrieben worden. Wenn dann zu solch hohen Preisen die Güter gekauft oder bei der Vertheilung angenommen wurden, so ist es ganz klar, daß dabei der Käufer allgemach in eine traurige Lage gerathen konnte. Aber kann der Staat, kann die Gesetzgebung hier helfen? So wenig die Gesetzgebung den Hüßlerthum aufhalten konnte, so wenig kann sie den Güterkauf hemmen. Und wer hilft den industriellen Unternehmungen, die sich heute in einer Nothlage befinden? Die Eisenwerke, die Maschinenbauanstalten, die sind einer jammervollen Konjunktur ausgesetzt. Sie spinnen nicht nur keine Seide, sondern sie müssen vielfach zugehen oder die Betriebe ganz schließen. Da ist der Staat ohnmächtig, er denkt nicht daran, jenen Betrieben etwa die Schulden abzumachen oder ihnen Zuschüsse zu gewähren. Wie also soll der Staat den veränderten Güterbesitzern auf Kosten der Gemeinnützigkeit Zuwendungen machen? Der Reichstagsler hat vollständig recht, wenn er meint, daß nur der Reinigungsprozess, der hier unermüdlich ist, zu einer Gesundung führen werde.

Kann der Freiherr v. Mantensffel die Thatfachen selbst, die der Reichstagsler anführt, bestritten? Sicherlich nicht. Und da ist es ganz gleichgültig, ob dieses oder jenes Wort gesprochen worden ist und in dieser oder jener Hinsicht ein kleines Mißverständnis mit untergelaufen. Nur wer gefühllos die Augen vor der Wirklichkeit schließt, der wird den Bemerkungen des Grafen Caprivi gegen den Freiherrn v. Mantensffel die volle Berechtigung abzusprechen vermögen.

## Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

**Berlin, 23. Nov.** Der Kaiser ist am Mittwoch nachmittag 2 Uhr 42 Min. mittels Sonderzuges von der Kaiserhofstation nach Kiel abgereist. Abends 8 Uhr trat der Kaiser in Kiel ein und wurde auf dem Bahnhof von dem Prinzen Heinrich empfangen.

**Die Reichssteuerprojekte.**  
Die gesammten Steuerentwürfe, über welche der Bundesrath am Dienstag Beschluß gefaßt hat, sind dem Reichstagsbureau bereits zugegangen. Die Vorlagen sollten am Mittwoch zur Vertheilung an die Mitglieder kommen. In dem Tabaksteuerentwurf haben im Bundesrath nur die Nachsteuerfrage eine Aenderung erfahren; dieselben sind der künftigen Vertheilung gleichgestellt worden; es soll dadurch einer Ueberproduktion vorzutrreten und einer Steigerung der Fabrikation nach dem Anstrichverfahren vorgebeugt werden. Milderungen eintreten zu lassen, ist der Bundesrath ermächtigt. Gegen das Gesetz stimmte der Bevollmächtigte für Bremen. Die Aenderungen des Gesetzes, betr. die Erhebung von Reichs-Stempelabgaben, welche die Ausfuhr, wie am Sonnabend gemeldet, beantragt hatten, wurden genehmigt. In dem Weinsteuergesetz hat weder die Vertheilung für die der Reichssteuer unterworfenen Weine (50 M. pro Hektoliter) noch der Steuerfuß eine Aenderung erfahren; insoweit stimmte Baden und Württemberg, nach einigen Angaben auch Hessen gegen das Gesetz. Dasselbe soll am 1. Sept. 1894 in Kraft treten.

**Die Aufhebung des Feintentengesetzes.**  
Nachdem das Centrum dem Gegentwurf betr. Aufhebung des Feintentengesetzes, wie so „Germania“ sagt, „ein besonders heiliges Erbschaft“ als dem so reichen Nachlaß des Abg. Windthorst,“ dadurch, daß es denselben schon mehrere Tage vor Beginn der neuen Session dem Reichstagsbureau übergeben hat, das Vorrecht vor allen anderen Initiativanträgen von Mitgliedern des Hauses gesichert hat, ist der Hand sein Möglichkeit ausgeschloffen, daß bei irgend einem Wandwechsel der Antrag, wie das im 1890 wiederholt geschehen ist, in einer Verjüngung verschwinden könnte. Der Antrag Dampsch u. Gen., wie er jetzt heißt, wird also am ersten Entwurfstage des Reichstags, d. h. an dem ersten Mittwoch, also falls der

zur Vertheilung der eigenen Anträge der Mitglieder bestimmte Sitzungstag nicht durch ausdrücklichen Beschluß des Hauses verschoben wird, am 23. November auf die Tagesordnung des Reichstags gestellt werden. Ebenfalls wird an diesem Tage die erste Lesung des Gegentwurfes stattfinden. Ueber die Stellung zu der Frage der Aufhebung des Feintentengesetzes hat der Reichstagsabgeordnete für Halle, Dr. Alexander Meyer, bei den Reichstagsarbeiten in der Versammlung des Vereins der Liberalen in Halle, welche am 5. Juni stattfand, auf Anregung aus der Versammlung ein Ansuchen gegeben. Herr Dr. Meyer sprach natürlich nur in eigenem Namen; aber was er sagte, dürfte in der Hauptsache der Ansicht der Mehrzahl der Freisinnigen entsprechen. Dr. Meyer präcisirte befaßlich seinen Standpunkt dahin, daß — wenn die Regierung selbst einmal den Vorschlag mache, das Feintentengesetz zu ändern, er nicht auf der unüberwindlichen Aufrechterhaltung desselben bestehen werde. Weiter sagte Dr. Meyer damals:

„Durch den gegenwärtigen Zustand des gemeinen Rechts ist die proletarische Klasse der katolischen gegenüber benachtheiligt. Es ist ein geradezu bedauerlicher Zustand, daß evangelische Gesetze zu Ungunsten der katholischen Bevölkerung ausfallen, weil sie an der Ausübung des Rechts in Ewigkeit, als eine Fortsetzung der katolischen Kirche betrachtet wird, Kritik geübt haben, daß dagegen Katholiken, gerade zu Schülern der Luther's die Vertheilung des großen Reformators zum Gegenstande der beständigen Schmälgungen und Verleumdungen ungestraft hätten machen dürfen. Wir können hier den Schuld des Feintentengesetzes nicht in Anspruch nehmen, weil wir noch unserer Ueberzeugung das Recht der historischen Kirche betradtet wird, Gerechtigkeit gegenüber anerkennen müssen. Eine Aenderung des Staatsparagrafen gegen Religionsvergehen ist dringend zu wünschen. Eine solche Kompensation und noch manches andere kommt als Kompensation in Betracht, wenn wir die Strafen der Exkommunikation und Konfiskation für die Schulden aufheben. Ich habe indessen meine Ansichten darüber noch nicht festgelegt und will sie auch nicht festlegen.“

In den Unterhaltungen der Reichstagsabgeordneten werden bereits Berechnungen über die parlamentarischen Ausfichten des Centrumsantrages auf Aufhebung des Feintentengesetzes angestellt. Derselben kommen etwa 30 folgenden Ergebnisse. Für den Antrag werden bei vollständigem Hause sicher Stimmen des Centrums mit 90 Mitgliedern, dazu etwa 14 Fraktionslose (3 liberale, 6 sozialdemokratische, 19 Polen, 44 Sozialdemokraten, was zusammen 176 Stimmen für den Antrag ergibt. Gegen den Antrag stimmen sicher die Nationalliberalen und die Reichspartei, zusammen 81, etwa 8 Fraktionslose, die Freisinnige Vereinigung mit 13 Mitgliedern, insgesamt 102. Mit Sicherheit glaubt man auch die Deutschkonservativen, vielleicht mit ganz vereinzelten Ausnahmen, zu den Gegnern rechnen zu können. Das würde 170 Stimmen gegen den Antrag ergeben. Die als sicher zu beziehenden Gegner und Anhänger des Antrages würden sich also nahezu das Gleichgewicht halten, und die Entscheidung hängt von der Haltung der freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen Volkspartei, sowie den Antisemiten ab. Man nimmt an, daß freisinnige Volkspartei und Antisemiten vorwiegend gegen den Antrag sein werden. Wie man sieht, ist auch diese Entscheidung, wie gegenwärtig alle im Reichstags, zweifelhaft und vorausichtlich von wenigen Stimmen abhängig. Uebrigens kann, da der Antrag die Form eines Gegentwurfes hat, die Abstimmung nicht gleich bei der ersten Lesung erfolgen, und es wäre wohl möglich, daß das Centrum sich mit einer allgemeinen Erörterung begnügt. An einer auf alle Fälle äußerst knappen Mehrheit, die bei außer den Liberalen selbst die Sozialdemokraten die Kerntuppe bilden, kann das Centrum schließlich unmöglich greße Freude haben.

**Die Novelle zum Unterhändlergesetz vom 18. Sept.**  
Der Bundesrath hat am Montag auch dem Gegentwurf über die Aenderung des Unterhändlergesetzes dem Reichstags seine Zustimmung ertheilt. Der Entwurf hat bekanntlich schon in der Session von 1892/93 vorgelegen und war damals in einer Kommission durchberathen worden, im Plenum aber nicht mehr zur zweiten Lesung gelangt. Die wichtigste Aenderung an dem bestehenden Gesetz ist, daß als Altersgrenze für die Befähigung zum selbständigen Erwerb der Beruf des Unterhändlergewerbes das zurückgelegte 18. Lebensjahr, statt des bisherigen 24. festgelegt wird. Dieser Vorschlag ist aus der durch eine langjährige lebhafte Bewegung unterstützten Wahrnehmung hervorgegangen, daß bei der bisherigen Vorschrift die Heimgemeinden, namentlich des platten Landes, bei dem massenhaften Ausfließen der jugendlichen Bevölkerung in die Industrieorte vielfach in unbilliger Weise zu laienberrigen Armenunterstützungen herangezogen werden. Die bisherige Altersgrenze entsprach auch keineswegs mehr dem Lebensjahre, in welchem in der Regel, namentlich bei der Arbeiterbevölkerung, die wirtschaftliche Selbstständigkeit und die unbeschränkte Wohl des Ausenstandes und Erwerbes eintritt. Im allgemeinen fand die Vorlage mit ihrem Grundbestreben, berechtigten Klagen des platten Landes über unbillige Heranziehung zu Unterhaltungen anderwärts, namentlich in den Industrieorten, hilfsbedürftigen zworwerner Personen abzuhelfen, im Reichstags viel Anklang. Man wird erwarten dürfen, daß die langcorierte Angelegenheit jetzt endlich zum Abschluß gebracht wird.

## Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Am Dienstag ist der Zollbeirath in die erste Beratung der von den russischen Delegirten auf die deutschen Vorschläge redigirten Erwidrerung eingetreten. Wie man glaubt, werden Ende dieser oder Anfang nächster Woche die Arbeiten ferner vorgeschritten sein, daß die beiderseitigen Delegirten in die dritte Lesung des Vertragentwurfes eintreten können.

**Der Kongress der Tabakarbeiter.**

Nach am Dienstag und Mittwoch wurden die Verhandlungen über die Tarifabschlüsse einerseits, andererseits über die Verhandlungen von Dienstag ab von Elm-Hamburg folgende Resolution vor:

Der von 20 Delegierten aus allen Staaten Deutschlands bestehende Kongress der deutschen Tabakarbeiter erhebt entschiedenen Protest gegen die seitens der Reichsregierung geplante Tabakfabriksteuer, sowie gegen jede weitere Verheerung des Tabaks und stellt an den Deutschen Reichstag die bringende Forderung, alle auf eine höhere Besteuerung des Tabaks abzielenden Vorarbeiten und Entwürfe abzulehnen. Nachdem auch am Mittwoch noch eingehend über diesen Punkt der Tagesordnung verhandelt worden war, gelangte die vorstehende Resolution zur einstimmigen Annahme. Ein Antrag Frankfurts a. M. Sachverständigen, dahingehend, daß sofort bei Annahme der Tabakfabriksteuer ein neuer Kongress bei der Tagesordnung: „Das Recht auf Arbeit“ einzuberufen sei, wird einer Kommission überwiesen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist damit nach dreitägiger Debatte erledigt.

**Ein sozialistischer Tag.**

Die Sozialdemokraten haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, wonach in jedem Einzelfall eine direkt von allen über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterscheid des Geschlechts gewählte Volksvertretung beschaffen muß. Sie haben damit wohl sehr nur einen Schein machen wollen. Interessant wäre es ja wohl schon einmal einen Versuch zu machen, welche Einwirkung auf die politischen Wahlen die Teilnahme des schönen Geschlechts hervorbringen würde. Ob sie wohl besser ausfallen würden?

**Die Steuerfreiheit der Standesherrn in der bayerischen Kammer.**

Wie aus München gemeldet wird, wurde in der Sitzung der bayerischen Kammer am Mittwoch der Antrag der Liberalen, die Steuerfreiheit der Standesherrn aufzuheben, mit 76 gegen 67 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag des Centrums nach lebhafter Debatte angenommen. Nach letzterem Antrag soll eine Enquete vorgenommen werden über den fiskalischen Umfang dieser Steuerfreiheit, um den Betrag festzustellen, welcher für die eventuelle Ablösung innerhalb der verfassungsmäßigen Zulässigkeit erforderlich ist. Der Minister des Innern, Herr v. Feilich, erklärte, eine solche Enquete werde angelegt werden, dieselbe würde aber in der gegenwärtigen Legislaturperiode kaum mehr abgeschlossen werden können. Ferner betonte der Minister den Ausspruch Grillenberger's „noblesse oblige“ gegenüber, es liege hier ein begründeter Rechtsanspruch vor; durch ein freiwilliges Uebereinkommen sei der Zweck des Antrages leichter zu erreichen. — v. Dollnar begründete darauf den Antrag der Sozialdemokraten gegen die neuen Reichssteuer.

**Verschiedene Mittheilungen.**

Am Sonntagabend findet in Berlin unter dem Vorsth des Handelsministers Herrn v. Buelow eine Versammlung statt, in welcher die Bedeutung des Nord-Atlantischen Handels für die deutschen Mittelstädte erörtert werden wird. Zu diesen Verhandlungen haben aus Schleswig-Holstein der Oberpräsident v. Steinmann, der Oberpräsident v. Hübner, der Vorsitzende der Handelskammer, Geheimrath Savonius, in wohl schon einmal von der Vorlesung der hiesiger Handelskammer, Kaufmann Westphalen, Einladungen erhalten.

Es bestätigt sich, daß die preussische Regierung Erhebungen über die Wirkung der in diesem Jahre ergangenen Novelle zum Wucherergesetz angeordnet hat. Diese Erhebungen erstrecken sich, wie von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, keineswegs nur auf landwirthschaftliche Kreise, sondern viel weiter ausgedehnt, obwohl es der Regierung namentlich darum zu thun ist, zu erfahren, wie weit das neue Gesetz der Landwirthschaft anstatten gekommen ist.

Ein's Sohn, Moniformo, ist nach dem Tode des Vaters der württembergischen Expedition am 23. Aug. d. J. etwa ein Jahr alt gewesen; das Kind war in Folge der idiosyncrasischen, welche die Mutter, eine Frau von behäufte weiser Natur, in der Gehirngeschicht erlitten hatte, in einem sehr frühen Gehirnschwand.

Die letzten Berichte des Majors v. Wissmann berichten aus der Station Longonien vom 2. September und zeigen, daß Major Wissmann, trotz all der überhandnehmenden Strapazen, sich formlich wohl befindet. Das Vieh hat beinahe seinen letzten Zampfer abgenommen, den größten, der bis jetzt auf den ostafrikanischen Seen geschah; damit ist die nächste Aufgabe, welche sich Wissmann gestellt hat, wieder erfüllt.

Eine freiländliche Erbschaftsgeschichte in Frankfurt a. M., welche das Gemeindegut eines Grund und Boden anhebt, hat beschlossen, aus den vorhandenen Mitteln einen Hauptantrag zum Zweck der ersten Expedition nach Afrika anzunehmen, um dort in Ostafrika an dem Kenia-Berggebiet den neuen Zukunftspunkt zu verzeichnen. Ein Dr. Wilhelm soll die Expedition führen, die aus 200 Genossen besteht, davon ein Drittel aus Kapitänen.

Der Streit in der Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsfrage nimmt zum Zeit überaus scharfe Formen an. Vorwiegend gerichtet ist eine Erklärung Auer's im „Sonn-Tag“ gegen den Gesellen v. Elm gehalten, der in der hiesigen Arbeiterpartei, welche den bekannten Bericht gegen Auer folgte, u. a. angeführt habe, Auer habe im Reichstage im Augenblick des Kampfes die freireichenden Vergarbeiter verleugnet und ihnen so die Absicht des Sieges weichen lassen. Auer nennt das eine Beleidigung des Berufs der freireichenden Arbeiter, denen er in den Händeln gefolgt sei sollte in seiner Eigenschaft als Vertreter der Arbeiter im Reichstage, und bezeichnet diese Behauptung als „eine erbärmliche Lüge und Verleumdung.“ Er sei f. S. lediglich der Ausstreitung entgegengetreten, als ob der Vergarbeiterstreik von den Sozialdemokraten unterstützt worden sei. Die Vergarbeiter streikenswegs anerkannt. Dr. v. Elm habe behauptet die Unmöglichkeit, einen Streik habe gelogen und ihn (Auer) verleumdet zu dem Zweck, um die verschiedenen Genossen, unter Ausnutzung ihrer Unkenntnis über die Vorgänge im Reichstage, zur Annahme eines Labelsotiums gegen die Beteiligung im allgemeinen und gegen ihn insbesondere zu bestimmen. Er anerkennt das Recht der Genossen auf einhüllend, offene und scharfe Kritik. Der Streik, Streik und Verleumdung habe er aber nur das Recht der Verleumdung. — Das ist in eine hübsche Kritik eines eigenen Parteigenossen.

Die Einfuhr deutscher Tiere nach Frankreich ist seit Jahren in ständigem Abnahme begriffen. Unter dem Schutze des herrschenden Regimes hat das französische Landwirthschaftsministerium den weltlichen Abnahme Schritt für Schritt dem Auslande zu erklären. Am höchsten war die Einfuhr der deutschen, namentlich holländischer, Schweine nach Frankreich im Jahre 1882 mit 363,000 hl bei einer Gesamtmenge von 415,000 hl. 1886 war die Gesamtmenge bereits auf 300,000, 1891 auf 170,000 hl gesunken, deutsche Tiere wurden 1892 noch im Betrage von 114,500 hl nach Frankreich eingeführt, während dieses Jahr wird ein weiterer Rückgang bis unter 100,000 hl angenommen. Andererseits ist Frankreich im ver-

fließen Jahre 35,000 hl Vieh ausgeführt, und schätzt man die Ausfuhr des laufenden Jahres auf rund 50,000 hl.

Der Abg. Rufford ist, wie das „Voll“ mittheilt, nunmehr der Deutschen Reformpartei (Partei Wödel) als Kandidat beigegeben.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß hat die Staatsanwaltschaft zu Schwerin gegen den amnestirten Richter v. Wölsch zu Leipzig Klage erhoben, nämlich einer Rede, welche dieser am 21. October in einer Versammlung in Deutsch-Krone hielt. Die Verurteilung wurde damals deswegen aufgeschoben.

Marineangelegenheiten. S. M. Kreuzer „Falke“ Kommandant Korvettenkapitän Graf von Wolke, ist am 20. d. in San Paolo de Rio de Janeiro eingetroffen und am 21. d. nach Kapstadt in See gegangen. Die abgeleiteten Besatzungsmitglieder S. M. S. „Seeadler“ und „Möve“, Kommandirter Hauptmann v. Watz, treten am 22. d. auf dem holländischen Reichspostdampfer von Seinfahr ab die Heimreise an.

Trier, 21. Nov. Die wegen der Wochfrist über den heiligen Mod zu Gefängnisstrafen Verurtheilten, Reichard und S. O. n. n. h. u. g., wurden zu 8 Tagen Gefängnis und 100 Mark Geldbuße begnadigt.

**Ausland.**

Österreich-Ungarn. Am Mittwoch hielten in Wien die drei vereinigten Klubs — der Linken, der Konservativen und der Polen — Sitzungen ab, in denen die aus den Klubs hervorgegangenen Mitglieder des jetzigen Ministeriums, die Herren v. Pleier, Graf Wrumbandl, Herr v. Falkenhahn, v. Janowsky, Anträge stellten, in denen sie zum festen Zusammenhalten der jetzigen Parlamentsmajorität mochten. — Ein Erlaß des Finanzministers v. Pleier an die Salinen-Verwaltungen im Salzburger, Hall- und Paltz verleiht die Erbsalzen der Salzwerke der Reichssteuer um 10 Prozent. Eine ähnliche Verfügung, nicht aber für die Salinen in Galizien und der Bukowina in Aussicht. Diese Regierungsinstitutionen sind sämtlichen Salinen voll schon vom November angefangen in Kraft treten und erfolgt mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Preise der Lebensmittel, sowie in Anerkennung des außerordentlichen Verhaltens der Arbeitererschaft.

Frankreich. Am Dienstag hat die eigentliche parlamentarische Session wieder ihren Anfang genommen mit der Berlesung eines programmatischen Regierungs-erklärungs in der Kammer und im Senat. In der Kammer verlas der Ministerpräsident Dupuy die Erklärung des Ministeriums, welche besagt, daß nach dem letzten legislativen Wahlen für eine praktische Politik erklärt, welche die aufgestellten Fragen theoretischer Diskussion vermeide. Die Regierung werde die auf Verfassungseröffnung gerichteten Bestrebungen, die Trennung der Kirche vom Staate, die Abänderung des Wahlrechts, die Einführung einer einheitlichen, inquisitorischen und progressiven Besteuerung bestärken. Wir werden niemand, der das allgemeine Stimmrecht, das Privat-eigentum, die individuelle Freiheit und die Freiheit der Arbeit misachtet, als Freund oder politischen Verbündeten anerkennen. Wir werden alle Doktrinen bestärken, welche die anonyme Alleinherrschaft des Staates an die Stelle der individuellen Betätigung und der freien Vereinigung setzen wollen. Wir werden nachdrücklich seinen Versuch einer Agitation oder Ausbreitung aller internationalen Umfuhrtbestrebungen unterdrücken. Wir betrachten das Schulgesetz und das Militärgesetz als festen Pfeiler und werden diese Gesetzgebung durch soziale, hygienische Einrichtungen, Kindererziehung, Sparschaft, Unterstützungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, kooperative Genossenschaften und Arbeiter-Pensionskassen. In der ministeriellen Erklärung wird ferner mitgeteilt, daß das Budget für 1895 im Anfang des kommenden Jahres vorgelegt werden würde. Dasselbe werde bereits die Vortheile einer Konversion der 4 1/2-prozentigen Rente berücksichtigen, zu deren Durchsührung im geeignet erscheinenden Zeitpunkt die Regierung die Ermächtigung nachsuchen werde. Die aus der Konversion sich ergebenden Ersparnisse sollen im wesentlichen zur Wiedererrichtung der Schuldentilgung Verwendung finden. Das Budget wird veranschlagt, finanzielle Reformvorschlüge umfassen. Dem Parlament werde auch die Aufgabe zufallen, die Frage der Regelung der Bank von Frankreich zu erörtern. Auch verschiedene die Landwirthschaft betreffende Vorlagen werden eingebracht werden müssen. Das Kabinett bereite eine Vorlage betreffend Erbschaftsteuer und eine andere, betreffend Vereine und Verbindungen vor. Am Innern werde die Regierung auf die Verbringung der Gemüther hinarbeiten und entschlossen die öffentliche Ordnung zu verteidigen. Am Aeußeren werde der Regierung die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Rechte Frankreichs zur Rücksicht dienen; sie werde sich die internationalen Beziehungen angelegen sein lassen, sowie die Erhaltung des französischen Quartiers und seine Geltendmachung durch Aufmunterung der Privat-Initiative. Frankreich wisse, was es der Republik schulde, die es wieder zu dem ersten Range unter den Nationen zurückgeführt hätte, die es genügend stark gemacht, um anständig vom Frieden sprechen zu können, die ihm endlich nach langer Absonderung Kenntniss von den Sympathien gegeben habe, deren Charakter durch die unergieblichen Odiöseste festgesetzt und deren Tragweite durch dieselben gekennzeichnet sei. Die Erklärung fordert sichtlich das Parlament auf, klar und ohne Mißbehalt zu sagen, ob das Kabinett sein Vertrauen besitze. Die Erklärung wurde mit großem Beifall von der Linken und dem Centrum, aber mit nachdrücklichen Unterbrechungen seitens der äußersten Linken und äußersten Rechten angenommen. Nachdem der Ministerpräsident die Erklärung verlesen hatte, verlangte Saure (Socialist) eine Interpellation einzubringen. Ministerpräsident Dupuy stellte den Antrag auf sofortige Debatte; dieser Antrag wurde mit 291 gegen 221 Stimmen angenommen.

Staten. Der Streit der Telegraphenbeamten ist beendet. Wie aus Rom gemeldet wird, haben die Telegraphenbeamten am Mittwoch überall den Dienst wieder aufgenommen, ausgenommen in Mailand und Venedig, wo der Wiederbeginn des Dienstes Donnerstag erfolgen soll.

England. Eine Konferenz von Parlamentenmitgliedern und Delegirten von politischen Körperschaften, welche die Frage der Wählfassung des Hauses der Lords diskutiren wird, soll in kurzen stattfinden.

Hawaii. Laut Mittheilungen aus Washington mußte ein neuer amerikanischer Gesandter bei der provisorischen Regierung in Honolulu beglaubigt werden, um durch Prälaturien die Rückkehr der Königin dahin zu regeln. Diese muß sich verbürgen, den Revolutionären eine Amnestie zu gewähren und ihr Eigentum nicht zu konfisziren. Auch wird sie möglicherweise einwilligen müssen, eine Volks-

abstimmung über die Regierungsform später stattfinden zu lassen, unter der Bedingung freilich, daß sie konstituir werden wird, falls ihre Regierung dadurch befestigt würde. Man glaubt, daß alle diese Prälaturien beendet sind und der nächste Dampfer aus Honolulu die Nachricht bringen wird, daß die Königin wieder auf dem Thron ist.

Japan. Aus Yokohama wird uns vom 4. d. geschrieben. Die Bewegung gegen die Europäer fährt fort, sich auszuweiten. Es wird gemeldet, daß 150,000 Personen allein in Kamamoto eine Petition zur Wiederherstellung von Provinzen mit ungenügender Bevölkerung unterzeichnet haben. Die feindliche Stimmung in dem erwählten Bezirk ist so stark, daß die Regierung den Witzwären gestatten hat, sich wegzugeben. Ueberhaupt schmilzt die europäerfeindliche Stimmung von Tag zu Tag mehr an. Das Parlament wird angegangen werden, die Binnenlandesherrschaft gegen die Fremden zu verschließen.

**Graf Hartenan.**

Die Leiche des Grafen Hartenan soll mit Einwilligung der Familie auf Staatskosten nach Sofia überführt und dort in der ältesten orthodoxen Kapelle beigelegt werden. Die bulgarische Abordnung zur Leichenfeier des Grafen Hartenan unterrichtet bereits die Wittve davon, die Sobranje werde sie bitten, die Ueberführung der Leiche des verstorbenen ersten Fürsten nach Bulgarien zu gestatten. Die Gräfin antwortete, sie werde unter der Bedingung zustimmen, daß ihr zugestanden werde, sie selbst nach ihrem Tode an der Seite ihres Gatten beizulegen. — Wie dem „Verl. Tagbl.“ aus Sofia geschrieben wird, hat Graf Hartenan Aufzeichnungen (seiner eigentlichen Memoiren) hinterlassen, die ziemlich umfangreich sind und in epigrammatische Kürze alle wichtigen Begebenheiten enthalten, die sich ihm und auf Bulgarien beziehen, von dem Tage seiner Wahl an bis zu dem Augenblick, wo er als Graf von Hartenan in österreichische Dienste getreten ist, also vom April 1879 bis Januar 1889.

Darunter dürften in Deutschland namentlich ein Brief und drei telegraphische Depeschen interessieren. Der Brief ist von der Hand Kaiser Friedrich's geschrieben. Er betrifft das bekannte Heirathsprojekt des Prinzen von Battenberg mit einer Gräfin Kaiser Wilhelm's I. Kaiser Friedrich theilte dem Prinzen darü mit, daß er, dem Gerüchtens „seiner Gemahlin und seiner Tochter Folge geben wolle; der Prinz möge sich bereit halten, um auf eine Vermählung mittels des Drahthes, die er ihm im geeigneten Zeitpunkt werde zugehen lassen, nach Berlin zu kommen. In der That erhielt der Prinz eines Tages eine beglückende Depesche. Dieselbe hatte indessen nur den Charakter eines Wits und stellte die eigentliche Vermählung in nahe Aussicht. Kurz darauf kam vom Kaiser Friedrich die zweite Depesche. Sie betraf, der Prinz sollte „morgen“ nach Berlin reisen. Und darauf folgte am selben Tage, an welchem Alexander von Battenberg die Fahrt nach Berlin antreten wollte, eine dritte Depesche, die aber nicht vom Kaiser Friedrich, sondern vom Fürsten Bismarck herrührte, und deren Inhalt den Prinzen veranlaßte, seinen Berliner Heirathsplan zu „verziehen“. Man wisse, daß diese „Verzögerung“ zu einem endgiltigen Aufgeben des Projectes geworden ist; Alexander von Battenberg ist nicht mehr nach Berlin gekommen. . . .

In die Zeit, da der erste Bulgarenkrieg bereits als Graf von Hartenan der österreichisch-ungarischen Krone angehört, fällt im Moment, der sich beinahe kritisch gestaltet hätte. Die Gräfin von Hartenan wolle in der nächsten Umgebung Wiens, während der Graf in Graz sich befand. Von einem getrennen Wiener Freund des gräflichen Paares erhielt die Gräfin in ihrem jeweiligen Aufenthaltsort die telegraphische Mittheilung, daß Prinz, der dem Prinzen von Battenberg früher verheiratet in außerordentlichem Grade attachirt war, erschossen worden sei. Sie eilte, die Kunde ihrem Gatten zuzukommen zu lassen. Kaum hatte sie dies gethan, so empfing sie auch schon von Graf die Nachricht, daß der Graf sofort nach Wien sich begeben. Er hatte inzwischen die ihn tief berührende Hofschrift von einer anderen Seite erhalten. Der Graf kam nach Wien, und gegen seine Gewohnheit war sein erster Weg diesmal nicht zur Gräfin. Vom Bahnhof fuhr er direkt zum bulgarischen Agenten, und nach diesem Besuch hatte er eingehende Besprechungen mit hochbedienten politischen Persönlichkeiten. Einen Augenblick lang hatte es den Anschein, als wollte der Graf von Hartenan ohne Bezug von Wien nach Bulgarien sich begeben. Wie man sich erinnern dürfte, befand sich kürzlich Ferdinand um die fragliche Zeit nicht in Bulgarien, es hieß, er habe sich ins Ausland begeben, um während der Exilation Paniga's fern von Sofia zu sein. Die erwähnten eingehenden Besprechungen in Wien wirkten jedoch, daß die beabsichtigte Fahrt des Prinzen von Battenberg nach Sofia unterließ. Nach kurzer Begegnung mit der Gräfin verzog der Prinz, bezug der Graf von Hartenan von Wien nach Graz zurück.

**Provinzial-Nachrichten.**

oo-Wettin, 21. Nov. Gestern Abend von 5-7 Uhr fand bei etwas regerer Theilnahme als sonst die Stadterordnetenversammlung statt. Es waren 6 Stadterordnete anwesend. In der dritten Abtheilung wurde Hr. Wägenblock als Vize erwählt, Hr. Min. Barendt neugewählt, in der 2. Abtheilung wurde Hr. Kaufmann Händel wieder, und Dr. Schiffmeier als Neugewählter, die erste Abtheilung wählte die Herren Dehnen Lorenz und Dehnen Wendt. — Von der Provinzial-Deputation werden der Stadt Wettin als Beihilfe zur Schiffbrücke 6000 M. überlassen. — Wie einer am Montag im Domänen-Bleibe abgehaltenen Tag wurden 3000 M. angesetzt.

Wernberg, 22. Nov. Beiden gestrichenen Sachverständigen wurden der 2. Abtheilung wurden Director Graf v. Kaufmann, Reichsanwalt Hundorf, Wägenblock, Wägenblock, Reichsanwalt Weyer und Dehnen Wendt erwählt.

Ramberg, 21. Nov. Der langjährige Präsident des hiesigen Obergerichts, Wirkliche Geheimde Ober-Justizrath Dr. v. Wandenkönig, hat seine Entlassung nachgesucht, um in den Ruhestand zu treten. Wie verlautet, ist die Entlassung ertheilt und dementsprechend dem Anlaß der Charakter als Wirklicher Geheimde, mit dem Titel Geheime, verliehen.

Schiffst. 21. Nov. Gestern Abend 1 Uhr wurde der Oberpost-Rath in Grotzenberg wegen Teilnahme an dem gewerkschaftlichen Streik verhaftet.

Sad Schmiedewitz, 22. Nov. Mehr als von jeder vorhersehbaren Strafe liegt unweit unserer Nachbarn des Ohwaja in einer bewaldeten Thalschlucht die „Hoffstangenmühle“. Hierhin kamen dieser Tage zwei Dampfer, um wechselläufige Dampfer zu schneiden; sie hatten dazu den Zeitpunkt abgewartet, als der Mühlenbesitzer abwesend war. Der Einschlag der alten Wohnhäuser, welche die Dämme zerbrach, wurde dadurch ausgenutzt, daß beide die Frau niederrücken. Letzteres erging es der zur Stelle anwesenden jungen Mühlenfrau, auf welche die Dämme mit dem Wasser eindrangen. Am Augenblick



Mit dem heutigen Tage verlegte ich mein

# Leinen- und Wäsche-Geschäft

von Kleinschmieden 6 nach meinem Hause

## Poststrasse 8

und bitte das mir bisher geschenkte Vertrauen auch auf mein neues Geschäftslokal übertragen zu wollen.

### Poststraße 8. C. Tausch, Poststraße 8.

Wäsche-Fabrik.

## Für bevorstehende Weihnachten

Grosse Auswahl in Kleiderstoffen und Restern  
Schwarze Schürzenrester  
Puppenrester

## Schulze & Petermann,

Halle a. S., Cleveringstrasse 5, 1 Treppe,  
Eckhaus unterhalb der Markttreppe.

Wegen Aufgabe meines Nähmaschinen-Geschäfts verkaufe meine jetzt vielen Jahren anerkannt besten  
**Singer-Nähmaschinen**  
bei 5jähriger schriftl. Garantie an 55 Mark. Klingenschiffen 75 Mark. Aus Wunsch Preiszahlung.  
**M. Resch,**  
Leipzigerstr. 2, 1., am Markt.

Ztes Haus vom Markt.

Ztes Haus vom Markt.

Größte Auswahl.

# G. Schauble

## 26 Märkerstrasse 26

emblicht sein arößtes Lager selbstgefertigter

### Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

Größtes Lager von Büsch-Sopha und Garnituren.  
Bettstellen mit Matratzen zum allerbilligsten Preise.

Bei Bedarf bitte genau auf meine Firma zu achten.

Ztes Haus vom Markt.

Keelle Bedienung.

Ztes Haus vom Markt.

## Größtes Lager aller Arten Pottcherwaren.

G. Zander, Gr. Klausstraße 12.

## Weimar-Lotterie 1893.

Haupt- und Schlussziehung vom 9.-13. Decbr. cr.

Hauptgewinn 1. W. v. 50 000 Mark.  
Diese seit einer langen Reihe  
von Jahren so sehr beliebten **Loose à 1 Mk.**,  
11 Stück 10 Mk. sind zu haben bei **J. Borek & Co.**, Gr. Ulrichstr. 3, 1.  
**Steinbrecher & Jasper**, am Markt, und in den übrigen durch Plakate  
kenntlichen Verkaufsstellen. Nach anwärts 30 Pf. mehr für Braucourer u. Lillie.

## Berliner Rothe & Lotterie.

Ziehung vom 4. bis 9. Dezember im Ziehungssaale der  
Royal. Brenn. Lotteriedirection in Berlin.  
Haupt-Gewinne 100,000, 50,000 Mk. Baar.  
Originalloose à 3 Mk. — Porto und Tite 30 Pfg.  
**J. Eisenhardt, Berlin C.**, Kaiser Wilhelm-  
straße 49.  
Bei der am 25. bis 27. Okt. stattgefundenen Ziehung der Hamb. Wollsch.  
Kreuzlotterie fiel der I., IV. u. X. Hauptgewinn in meine Kasse.

## Größte Auswahl von Kränzen, Kreuzen etc.

zur Schmückung Gräber zum Todtenseße  
bei **G. Herz**, Sandels-Gärtner, Dats 42.

## Blatt- und blühende Pflanzen

in reichster Auswahl bei **G. Herz**, Sandels-Gärtner, Dats 42.

Nach anschlagende  

## Geschäftsbücher

  
aus bestem Material, in soliden Einbänden, fertigt als langjährige  
Spezialität **J. Zoebisch**, Gr. Steinstr. 82.

## Sicherheitsprengstoff „Wessfalit.“

- Wesentliche Vorzüge:
1. Größte Sicherheit gegen Entzündung von Schloßwecken und erlosenen Kohlenkand.
  2. Auerkannt gute Explosionsgase.
  3. Größte Gleichmäßigkeit der Waare (siehe sub 10).
  4. Gefährlose Verteilung und Handhabung.
  5. Unempfindlichkeit gegen Kälte und Wärme, Stoß und Schlag.
  6. Kraftäußerung dem Kieselguth-Dynamit ähnlich, jedoch in Kohle, weichem Gestein, Alkali- und Erzeinsätzen weniger local verunreinigend, daher vorzüglicher Stücksall.
  7. Wessfalit enthält kein Nitro-Glycerin.
  8. Wessfalit darf auf deutschen Eisenbahnen als Stückgut verladen werden.
  9. Wessfalit kann nur durch sehr starke Händelsstöße von 1500 bis 2000 mgr Ladung Schmelzsilber zur Explosion gebracht werden, ist also ohne diese kein Sprengstoff. (Einzeln Patronen zwischen die Kohle oder Gestein, oder auch in Dosen oder Dampfessel gelangt, können nicht gefährlich werden, weil sie sowohl gegen Stoß und Schlag unempfindlich, als auch die Hitze in Dosen und Dampfessel nicht stark genug ist, um Explosion zu erzeugen, sondern nur ein Zerbrechen der Patronen bewirkt wird.)
  10. Sämtliche Untersuchungen des Fabrikats in eigener Versuchsstrecke auf Sprengkraft und Sicherheit gegen erlosion, Kohlenstaub und Schloßwecken durch besonders hierauf berechnete Gesante, welche darüber auf Wunsch jeder Sendung ein Control-Attest beilegen.
  11. Eigene Miniere leiten unentgeltlich erste Versuche.
  12. Billigste Sprengarbeit.
- Wessfalit-Anhaltische Sprengstoff-Fact.-Ges.**  
an Coeswig 1/11.

Für den Angelegenheit verantwortlich: W. Köhligin Halle.

F. W. Kaiser's  
nachliegende

## Geschäftsbücher

Aug. Weddy,  
Leipzigerstr. 22.

## Taschentücher

mit Weberflecht zu den bekannt billigen Preisen  
sind wieder eingetroffen.  
**A. J. Jacobowitz & Co.**  
Magdeburgerstraße 3, 1. Etage.

Bromer Handarbeit  
**Bremia, 100 Stück 6 Mk.**  
F. Henningmann, Gr. Ulrichstr. 60.

California  
**Burgunder**  
M. 1,80 pr. Fl.  
Mark: Golden Grappe.  
oder,  
würziger Tafelwein.  
Schulze & Birner, Halle a. d. S.

## Halle'scher Thierschutzverein.

Den Weibern von Zughunden zur Erinnerung, daß § 10 der Polizei-Verordnung vom 15. Juni d. J. sie verpflichtet, bei der nun eingetretenen nachfolten Witterung ihren Thieren Schutz gegen die zu gewärtigen und daß § 4 den Reitenhunden ein gleiches Recht wahr. Unsere Agenten sind angewiesen, jeden Fall des Unterlassens anspruchlos zur Kenntnis zu bringen.  
J. B. Dr. Thambayn.

Halle. Druck und Verlag von Otto Henbel.

## Fächer

für Ball und Gesellschaft  
von den einfachsten an.  
Grossartigste Auswahl  
in Neuheiten.  
**Frz. Rieckelt,**  
Schirmfabrik,  
Kleinschmieden.

Größtes Lager:  
**Großer Weihnachtsausverkauf**  
von vorzüglichen Pianinos  
aus den Fabriken: Beuter,  
Händel, Wolfram, Feurich,  
Weißweiber, Sichel u. A. m. zu Fabrikpreisen und  
schätzlicher 10jähr. Garantie.  
**G. Jordan, Schulgasse 7,**  
gegenüber der Mittelstraße.

## Aut

den vielen Zuträuen meiner werthen  
Kundschaft, welches mir infolge meiner  
vorzüglichen Arbeit bei billiger Preis-  
stellung in so reichem Maße entgegen-  
gebracht worden ist, in jeder Weise  
gerecht zu werden, sah ich mich genöthigt,  
meine Werkstätt bedeutend zu vergrößern.  
Ich fertige nach wie vor neuen  
Cylinder für 2 Mt., neue Feder  
1 Mt., Glas, Reiger 15 Pfg. — Jeder  
der mich beschreiben Kunden erhält bei  
Ueberbringung einer Uhr Glas oder  
Fehler gratis angereicht.  
Für jede von mir reparierte Uhr fertige  
für vorzüglichen Gang weitestgehende  
Garantie.

## A. Sparmann's

arößte und leistungsfähigste  
Reparatur-Werkstatt am Platze,  
Wuchererstraße 3,  
neben dem landwirtschaftlichen Institut.



## Reisszeuge

von vorzüglicher Güte billigst bei  
**Otto Unbekannt**  
Werkstatt u. Lager für mathem., physik.  
u. optische Instrumente,  
Kleinschmieden auevor.

## Photographie.

Eine Anweisung zum Photographieren  
mit anständlicher Preisliste über  
Nutzartikel u. dergleichen gratis  
**Hugo Peter, Halle.**

Mit 2 Belichtern und Unterhaltungsstoff.